

► Murad Erdemir ist seit 2023 **Direktor der Medienanstalt Hessen** mit Sitz in Kassel. Der 59-Jährige kommt gebürtig aus Frankfurt am Main. Erdemir ist Honorarprofessor für Medienrecht und Medienethik an der Georg-August-Universität Göttingen. Am Mainzer Medieninstitut lehrt er zudem Jugendmedienschutzrecht.

► Die Medienanstalt Hessen ist die zentrale landesweite **Aufsichtsbehörde für die Regulierung von privatem Rundfunk und Telemedien**. Ihr Kernauftrag ist es, Medienvielfalt zu sichern, Meinungsfreiheit zu schützen und mediale Teilhabe zu ermöglichen.



„Politiker müssen Influencer werden“

Soziale Medien haben demokratiegefährdendes Potenzial. Für den Direktor der Medienanstalt Hessen ist Journalismus eine Basis, um als Gesellschaft besser miteinander zu streiten.

„Digitale Resilienz wächst nicht hinter Verboten“, sagt Murad Erdemir, Direktor der Medienanstalt Hessen.
Foto: Medienanstalt Hessen

MAINZ. Soziale Medien haben die Debattenkultur in den vergangenen Jahren stark verändert, sie haben demokratiegefährdendes Potenzial. Plattformen wie TikTok seien „die Startrampen für Radikalisierung“, sagt Murad Erdemir im Interview. Für den Direktor der Medienanstalt Hessen wären pauschale Verbote allerdings nicht die passende Lösung für das Problem.

Herr Erdemir, wie nützlich oder wie gefährlich sind Facebook, Instagram und Co.?

Den Chancen stehen enorme Herausforderungen gegenüber. Auf der einen Seite können sie Kreativität, Beziehungen und die Identitätsbildung stärken. Denn es sind heute vor allem die sozialen Medien, in denen Jugendliche Werte und Normen, Rollenverständnisse, Moral und Ethik im Austausch mit Gleichaltrigen aushandeln. Auf der anderen Seite sehen sich Minderjährige Risiken ausgesetzt.

Welche Risiken sind das?

Mobbing, sexuell motivierte Übergriffe Erwachsener, der sorglose Umgang mit der eigenen Nacktheit, die Anleitung zur Selbstgefährdung im Kontext von Magersucht und Suizid, Verbraucher- und Datenschutz: Sicherheit gibt es allein an der Kinokasse. Zudem: Social Media-Plattformen wie TikTok sind die Startrampen für Radikalisierung. Und das sind auch die Brandbeschleuniger für Desinformation. Besonders perfide ist, dass Hass, Vorurteile und Antisemitismus in diesen Netzwerken oft als zynischer Humor und in stylischem Gewand daher kommen und daher bei Jugendlichen besonders verfangen.

Sind soziale Medien eine Gefahr für die Demokratie?

Wir leben zunehmend in einer Zeit, in der Realität zur Ansichtssache wird. Der Freifahrtschein für gezielte öffentliche Lügen wurde längst erteilt. Wir haben bereits eine beachtliche Lügen-Dividende. Dabei stellen nicht allein Desinformation, Fake News und Hate Speech eine ernsthafte Bedrohung für unsere Demokratie dar.

Welche Gefahren sehen Sie noch?

Zum einen begründen auf Algorithmen basierende Angebote von Suchmaschinen unter dem Stichwort der Auffindbarkeit eine Gefahr für Informationszugang und Informationsvielfalt. Sie können damit zensurähnliche Wirkungen entfalten. Social Bots und sonstige Fake Accounts wiederum können Stimmungen manipulieren und dadurch die demokratische Willensbildung gefährden. Das Geschrei der Empörung und das Diktat der „Political Correctness“ sind die größten Gefahren.

Können Sie das genauer erklären?

Wir bewegen uns zunehmend in Zeiten von Empörungswirtschaften und der Radikalisierung in digitalen Räumen, der Erosion gemeinsamer Wahrheiten und einer demokratischen Streitkultur. Alles wird kritisiert und bewertet. Wir haben Toleranz verloren. Das macht unfrei.

Aber ist Streit um Positionen nicht Kern von Demokratie?

Der Lärm der Empörung übertönt jeden Einwand, macht jede sachlich geführte Debatte zunichte. Es entstehen kommunikative Räume der Selbstverstärkung von radikalen Einstellungen, von Lügen und von Falschaussagen. Mehr als die Hälfte der Internetnutzer bekennt sich aus Angst vor Hass im Netz seltener zur eigenen politischen Meinung und beteiligt sich weniger bis gar nicht an demokratischen Diskursen. Dabei ist Schweigen die dunkle Schwester der Tat. Schweigen bedeutet immer Zustimmung.

Und was ist mit der Political Correctness?

Political Correctness bedeutet Respekt im Umgang miteinander und gelebte Empathie. Allerdings geraten zunehmend alle relevanten Bereiche des gesellschaftlichen Lebens unter die Herrschaft einer Denk- und Sprachpolizei. In dem Moment, in dem wir nicht mehr benennen dürfen, was schiefläuft, oder uns nicht mehr frei fühlen, es zu benennen, überlassen wir das Feld den Populisten und Extremisten. Wir brauchen Haltung und Authentizität.

„Es geraten zunehmend alle relevanten Bereiche des gesellschaftlichen Lebens unter die Herrschaft einer Denk- und Sprachpolizei.“

Murad Erdemir, Direktor, Hessische Medienanstalt

„Es grenzt schon an eine Herkulesaufgabe, die Abgründe der Hassrede zuzuschütten, ohne die Redefreiheit gleich mit zu beerdigen.“

„Wir brauchen Haltung und Authentizität. Wenn wir uns gegenseitig nur Empörung und Spaltung vorwerfen, reiben sich diejenigen, die von Spaltung profitieren, dabei insgeheim die Hände.“

Wenn wir uns gegenseitig nur Empörung und Spaltung vorwerfen, reiben sich diejenigen, die von Spaltung profitieren, dabei insgeheim die Hände.

Wenn der Befund so kritisch ist, warum greift die Politik nicht ein und weist die wenigen Akteure, die die globalen Spielregeln bestimmen, in die Schranken?

Die Politik war bislang nicht tatenlos.

Aber welche Maßnahmen wirken denn?

Wir verfügen mit dem Medienstaatsvertrag und dem Jugendmedienschutz-Staatsvertrag über wirksame nationale Instrumente, die vor allem von den Landesmedienanstalten eingesetzt werden, um Hass, Hetze und Desinformation zu bekämpfen. Und es gibt Brüsseler Leitplanken, die einen sicheren und transparenten Informationsraum schaffen sollen. Dafür steht vor allem der Digital Services Act. Ich gebe Ihnen ein markantes Beispiel für die Effizienz und Durchschlagskraft der Aufsicht der Landesmedienanstalten: Nach dem Massaker der Hamas am 7. Oktober 2023 in Israel haben die Landesmedienanstalten der Europäischen Kommission in kürzester Zeit mehr als 650 Fäl-

le gewaltverherrlichender und menschenverachtender Inhalte gemeldet.

Reicht das? Oder braucht es noch andere Maßnahmen?

Jede regulatorische Maßnahme birgt das Risiko möglicher „Kollateralschäden“ für die Kommunikationsfreiheit.

Welche sind das?

Zum Beispiel in Gestalt des Overblocking legaler Inhalte. Dabei müssen Äußerungen nicht illegal sein, um sukzessive unsere Demokratie zu zersetzen. Die Grenze zwischen Meinungen, die man auszuhalten hat, und Hetze, gegen die eine Demokratie sich besser heute wehrt, um morgen noch zu existieren, sie ist kaum scharf zu ziehen. Es grenzt schon an eine Herkulesaufgabe, die Abgründe der Hassrede zuzuschütten, ohne die Redefreiheit gleich mit zu beerdigen.

Was schlagen Sie vor?

Die Forderung nach einer Plattform-Abgabe ist markt- und ordnungspolitisch gut begründbar und berechtigt. Jeder Fahrzeughalter haftet für die potenzielle Gefährlichkeit seines Automobils. Und dass von den großen digitalen Plattformen und sozialen Netzwerken

Gefahren für die öffentliche Meinung und die Demokratie ausgehen, steht außer Zweifel.

Und was soll mit dem Geld gemacht werden?

Zu verwenden wäre es für die Etablierung einer gemeinwohlorientierten Plattform und entsprechender Kommunikationsräume. Der Schutz eines freien und pluralistischen Informationsraumes ist ein zentrales Instrument der wehrhaften Demokratie. Ohne die Sichtbarkeit verlässlicher Inhalte wird es nicht gehen. Was hier aber gerade auf der Strecke bleibt, ist die klassische Aufgabe von Journalismus: Das Recherchieren, Prüfen und Aufarbeiten von Informationen. Jede Person wird in den sozialen Medien zu ihrem eigenen Gatekeeper. Hieraus entsteht die unheilvolle Dynamik von Desinformation und Fake News. Deshalb ist der wichtigste Faktor zur Verbesserung der Informationsökologie gut recherchierter Journalismus.

Wie nutzen Sie selbst soziale Medien?

Ich habe als oberster Medienaufseher Hessens tagtäglich bereits mit allen Facetten von Social Media zu tun. Über einen privaten Account verfüge ich

nicht. Aber Politiker sollten unbedingt einen besitzen.

Warum?

Weil Politiker zu Influencern in ihrer eigenen Sache werden müssen.

Wirklich?

Wer sich als Politiker einbringen will, kann auf Social Media nicht mehr verzichten. Annähernd zwei Drittel der 13- bis 19-Jährigen nutzen zum Beispiel TikTok derzeit täglich. Wer also in dieser Zielgruppe relevant sein will, sei es mit politischer Aufklärung oder überhaupt mit demokratischen Werten, der muss dort präsent sein, wo diese Zielgruppe ihre Informationen bezieht. Mein dringlicher Appell deshalb: Wer die politische Meinungsbildung der Zukunft mitgestalten will, der darf die digitalen Resonanzräume der Jugend nicht ignorieren. Verantwortung heißt auch digitale Präsenz.

Social-Media-Accounts erst ab 16: Ist das eine gute Idee?

Das könnte man zwar so machen, wenn Europa da mitspielt.

Aber?

Wir müssen uns kritisch fragen, ob wir wirklich gut beraten sind, wenn wir einem Fünfzehnjährigen die Möglichkeit nehmen, in sozialen Medien wichtige Kompetenzen zu erwerben: etwa Informationen zu sortieren, kritisch zu analysieren und eine eigene Haltung zu entwickeln. Wenn wir ihm die Möglichkeit nehmen, sich selbst darzustellen und dabei zu testen, was bei anderen ankommt und was nicht.

Sondern?

Wir müssen eher dafür Sorge tragen, Kinder und Jugendliche responsiv, kommunikativ und resilient zu machen. Und digitale Resilienz wächst nicht hinter Verboten. Ein rigoroses Vorgehen, das allen Minderjährigen unter 16 Jahren Social Media generell verbietet, halte ich deshalb für nicht zielführend. Medienbildung lebt vom Vertrauen in unsere Kinder.



Es gibt zahlreiche Ideen, wie man dem demokratiegefährdenden Potenzial sozialer Medien entgegenwirken könnte. Ein Lösungsvorschlag lautet, gemeinwohlorientierten Plattformen und entsprechende Kommunikationsräume zu schaffen.

Archivfoto: Alicia Windzio/dpa

Das Interview führte Frank Kaminski.